



Wehrpflicht-Volksbefragung: Die Schicksals-Entscheidung, bei der es letztendlich gar nicht um die Wehrpflicht geht

Am 20. Jänner 2013 findet die Volksbefragung über die Zukunft des Wehrsystems statt. Und letztendlich geht es bei dieser Abstimmung um nicht weniger als um die Neutralität Österreichs.

Die Pläne der EU für einen Zentralstaat inklusive gemeinsamer Armee warten schon seit Längerem darauf, aus den Schubladen geholt zu werden. Jedes Mitgliedsland würde dann nur mehr eine Teilaufgabe in einer EU-Gesamtarmee inkl. Kriegseinsätzen erfüllen. Österreichische Berufssoldaten, von denen es bei Einführung eines reinen Berufsheeres deutlich mehr geben würde als die heutigen Kadernsoldaten, würden perfekt ins Kampfeinsatz-Konzept der EU passen.

Hart zu kritisieren ist auch, dass die Regierung nach wie vor bei Volksbefragungen und Abstimmungen keine Initiativen durch das Volk zulässt. So ist auch die konkrete Fragestellung bei dieser Befragung höchst irreführend: Die tatsächliche Wehrpflicht ist bereits mit der Möglichkeit



Österreichische Berufssoldaten könnten Krieg für eine EU-Armee führen

einen Zivildienst zu leisten seit langem de-facto abgeschafft.

Wir stimmen ganz sicher nicht in den Chor eines paneuropäischen Aufrüstens für Rohstoff-Kriege ein. Öneu hat statt dessen ein eigenes Konzept zur Zukunft von Wehr- und Zivil-Dienst entwickelt, mit dem wir den Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden, dabei aber auch weiterhin auf den Geist des Friedens setzen.

Im Sinne einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung plädiert Öneu daher dafür, am 20. Jänner für "Wehrpflicht"

und Zivildienst zu stimmen - auch wenn es hierzu sehr viel anzumerken gibt.

Inhalt:

Wehrpflichts-Volksbefr. - S. 1

Öneu-Wehr-Konzept - S. 2

Entstehung von Öneu - S. 2

Mutbürger-Wahlallianz - S. 3

Parkpickerl und Regionalbahnzerstörung - S. 3

Tipps & Ratgeber - S. 4

Veranstaltungskalender - S. 4

Kontakt & Impressum - S. 4

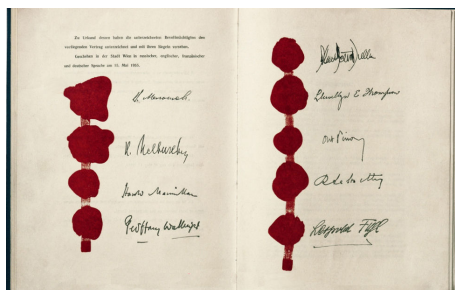
Das Öneu-Wehrkonzept im Detail

Seit die Volksbefragung von der Regierung verordnet worden ist geistern viele Begriffe durch die Medien: Wehrpflicht, Berufsheer, Miliz, Zivildienst. Die meisten Begriffe werden meistens verfälscht verwendet, allen voran der Begriff "Wehrpflicht". Diese gibt es de-facto seit Einführung des Zivildienstes 1975 nicht mehr.

Öneu plädiert für eine Dienstpflicht, in der die Menschen wählen können, ob sie ihren Dienst beim Militär, bei der Rettung oder dem Katastrophenschutz leisten. Die Dienstpflicht gilt für Männer und Frauen gleichermaßen.

Anstatt die Männer und Frauen mit einem Hungerlohn abzuspeisen fordert Öneu einen Mindestlohn für alle Dienstpflichtigen.

Wegen der Neutralität ist in Österreich nur ein eigenständiges Heer zulässig. Die Neutralität war Bedingung für den österreichischen Staatsvertrag und damit für die volle Unabhängigkeit Öster-



Die Neutralität ist Grundlage der Unabhängigkeit Österreichs

Weiters ist sie nach wie vor in der Bevölkerung sehr stark verankert. Und auch wenn aktuell alle Nachbarstaaten Österreich wohlgesonnen sind, so haben praktische Beispiele (z.B. Ex-Jugoslawien) gezeigt, dass sich das sehr schnell ändern kann.

Wir treten für ein Heer ein, das aus einer Kombination aus verhältnismäßig wenigen Berufssoldaten, kombiniert mit vielen Milizsoldaten und Grundwehrdienern besteht. Mit einem solchen Heer lassen sich wesentlich mehr Ressourcen mobilisieren als mit einem reinen Berufsheer.

Im Vergleich zu einem reinen Berufsheer ist es wesentlich schwieriger ein kombiniertes Heer innerhalb der EU zu

missbrauchen, weil es nur für die Berufssoldaten die Verpflichtung für Auslandseinsätze gibt. Unabhängig davon treten wir dafür ein, dass diese Verpflichtung für Auslandseinsätze abgeschafft wird.

Die Interessen der EU sind hingegen anders gelagert. Diese will ein schnell einsetzbares Berufsheer womit relativ mehr Soldaten im Rahmen von Battlegroups einsetzbar wären für Interessen der EU und das können auch klassische Kriegeseinsätze für Rohstoffinteressen sein.

Darum tritt Öneu dafür ein, dass sich österreichische Soldaten wenn, dann ausschließlich an Friedensmissionen unter UN-Mandat im Ausland beteiligen dürfen.

Was geliebt wird, wird auch gerne verteidigt. Darum sollten wir Österreich so gestalten, dass es liebenswerter wird. Aus diesem Grund tritt Öneu besonders für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.

Kurze Entstehungsgeschichte von Öneu

Österreich NEU (Öneu) ist im April 2012 als Partei gegründet worden. Genötigt durch die Änderung des Parteiengesetzes hat Öneu im Dezember 2012 den Parteienstatus zurückgelegt und agiert nun als Initiative. Für Öneu steht statt Machtpolitik Sachpolitik im Vordergrund. Öneu setzt sich für mehr De-



Öneu - die neue Initiative für Demokratie und Sachpolitik

mokratie, Rechtsstaatlichkeit, Ethik, Gesundheit, Wettbewerb, rechtliche Vereinfachung, Umweltschutz, Unabhängigkeit und Föderalismus ein. Der EU steht Österreich NEU sehr kritisch gegenüber.

Hervorgegangen ist Öneu aus der Plattform Direkte Demokratie (DEM), einem Bündnis für die Wien-Wahlen 2010.

Öneu Teil der Mutbürger Wahlallianz

Öneu steht für Sachpolitik und Kooperation. Das schließt auch Wahl-Kooperationen ausdrücklich ein.

Die Mutbürger stehen vor allem für Bürgerbeteiligung. Bürger können im Rahmen von Bürgerversammlungen sowohl ihre Vorstellungen in die Politik einbringen als auch die



**Wahlallianz für 2013:
Die Mutbürger-Partei**
Kandidaten für die Landtags-Wahlen selbst auswählen. Ziel unserer Partnerschaft mit den Mutbürgern ist es, einen Beitrag zur höchst notwendigen Demokratisierung Nieder-

österreichs zu leisten.

Für eine Kandidatur zu den Landtagswahlen benötigen die Mutbürger Unterstützungserklärungen. Diese können alle in Niederösterreich gemeldeten Bürger auf Ihrem jeweiligen Wohnsitzgemeindeamt abgeben. Weitere Infos unter: <http://www.mutbuengerpartei.at>

Parkpickerl und Regionalbahnzerstörung



2012 ist das Jahr der großflächigen Ausweitung des Parkpickerls in Wien durch die rot-grüne Regierung gewesen. Die Parkplatzsituation in Wien ist nun in der Tat etwas weniger angespannt geworden. Dass die Stadregierung die Parkpickerl-Ausweitung unter Missachtung des Bürgerwillens undemokratisch durchgepeitscht hat, ist nur 1 Pferdefuß dieser Maßnahme.

Denn die Parkplatz-Gesamt-situation ist nach wie vor sowohl für die Wiener als auch für die "Auswärtigen" höchst unbefriedigend. Vor allem Pendlern stehen nur ein Bruchteil der Parkplätze - vor allem mit Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel - zur Verfügung, die gebraucht würden. Und Wiener müssen

nun auch fürs Parken in Gegenden bezahlen, in denen sie früher gratis geparkt haben - selbst wenn sie für ein Parkpickerl löhnen.

Und über die Ursachen der Verkehrslawine wird bisher nicht einmal gesprochen. Denn Pendler aus den Bundesländern fahren nicht aus Spaß nach Wien in die Arbeit sondern weil es in ihren Heimatregionen viel zu wenige Arbeitsplätze gibt. Der Arbeitsplatzmangel hängt direkt mit der Stagnation oder sogar Verschlechterung der Infrastruktur im ländlichen Raum zusammen.

Im wahrsten Sinne des Wortes völlig deskriptiv ist diesbezüglich die Einstellung oder sogar Abtragung von Regional-Bahnen in Niederösterreich. Dadurch sind noch mehr Niederösterreicher gezwungen, zu pendeln - und zwar mit dem Auto nach Wien.

Um endlich auch die Ursachen der Verkehrsexplosion anzugehen hat Öneu mehrere Forderungen ausgearbeitet:

1) Die Bereitstellung von günstigem Parkraum für Wiener in Wien

2) Die Bereitstellung von günstigem Parkraum am Standrand mit Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel für Pendler

3) Die massive Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum (z.B. der waldviertler Thayatalbahn), um die regionale Wirtschaft zu stärken und der Landflucht sowie dem Pendeln entgegen zu wirken

Weiters sollten bundes- und landesweite Verwaltungseinrichtungen hinkünftig auch in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten angesiedelt werden.



Zerstörte Thayatalbahn-Brücke über den Feinitzbach

Ratgeber und Tipps

Petition_pro-gluehbirne.at

Gleichzeitig mit der letzten Stufe des Glühbirnen-Verbotes durch die EU ist auch eine Petition gestartet, die vor allem die Wieder-Legalisierung der Glühbirne durch die Republik Österreich



verlangt. Die Petition wird voraussichtlich bis April 2013 laufen. Alle Bürger, die auch weiterhin gesunde und angenehme Leuchtmittel einsetzen möchten können die Petition online unterzeichnen: <http://www.pro-gluehbirne.at>

Glühbirnen-Händler

Nachdem ja Glühbirnen jetzt verboten sind, so ist es absehbar, dass es diese einmal nicht mehr zu kaufen geben wird. Noch ist es aber nicht soweit und wir haben einige Händler in Wien für Sie recherchiert, welche noch über ein gutes Glühbirnen-Sortiment verfügen:

Elektro Kozak, Pragerstraße 3,
1210 Wien, 01 / 270 2441

Elektro Markuzy, Saileräckerg.
47, 1190 Wien, 01 368 22 44

Elektro Oswald, Viktor-Adler-Pl.
11, 1100 Wien, 01 641 9858

Notschlafstellen

Die Zahlen über die Anzahl von Obdachlosen in Wien schwanken je nach Quelle sehr stark. Alle Quellen zeigen jedoch seit Jahren eine erheblich steigende Zahl betroffener Menschen. Egal ob nach Scheidung, Privat- oder Firmen-Konkurs oder anderen Gründen: Prinzipiell kann jeder betroffen sein. Als Service für alle Personen, die Bedarf nach Hilfe haben, hat Öneu eine Auflistung von Notschlafstellen gemacht:

Wien:
GRUFT: 01 587 87 54 31
P7: 01 892 33 89
Tageszentrum St. Josef:
01 479 23 94
Tageszentrum Josi:
01 4000 59 335

VinziBett: 0699 1202 9074
VinziPort: 0676 462 1503

Bundesländer:
NÖ: Verein Wohnen St.Pölten:
02742 21 169
OÖ: ARGE: 0732 770 805
Evangelische Stadt-Diakonie
Linz: 0732 66 32 66
Salzburg: Verein Soziale Arbeit:
0662 87 14 00
Caritas: 0662 871 240
BURGENLAND: Sozialhaus
Oberwart: 03352 32 575
STEIERMARK: Vinziwerk Graz
0676 943 0378
KÄRNTEN: AWOL Klgtf.
0463 514 626-0
Vorarlberg: Caritas Feldkirch:
05522 200 1700
TIROL: IDS Innsbruck :
0512 5331 7650
DOWAS: 0512 572 343



Veranstaltungskalender

10.01.2013, 19.30 Uhr:
Waldviertler Energie-Stammtisch: Energiewende im Waldviertel bzw. in Niederösterreich Heidenreichsteinerstr. 14, 3830 Waidhoften an der Thaya

14.01.2013, 19 Uhr:
Podiumsdiskussion der Solidarwerkstatt: "Allgemeine Wehrpflicht oder Berufswehr?"
Breite Gasse 3, 1070 Wien

20.01.2013:
Wehrpflicht-Volksbefragung

Bis 25.01.2013:
Unterstützungserklärung für Niederösterreich-Wahl abgeben

03.03.2013:
Landtagswahl Niederösterreich

03.03.2013:
Landtagswahl Kärnten

Kontakt / Impressum:

Initiative Österreich NEU

Behselgasse 3
1150 Wien

Hr. Michael Fichtenbauer

Hr. Ulrich Lintl

office@oesterreich-neu.at

<http://www.oeneu.at>